

Elegisches Nicken

Ein Roundtable zur Zukunft der deutschen Universitäten

Zu den klügeren Diagnosen der deutschen Hochschulkrankheit gehören diese beiden Sätze. 'Die (deutsche) Universität ist ein amorphes Gebilde, ungeheuer überlebensfähig auf niedrigstem Niveau.' Und knapper: 'Komplexe Systeme können nie reformiert werden.' Das erste Urteil stammt von Dietrich Schwanitz, der seinen Ärger über die Hamburger Verhältnisse in den Schlüsselroman 'Der Campus gegessen hat'. Das zweite stammt von Fritz Kratochwil, einem Wiederkehrer aus Amerika, der inzwischen am Geschwister-Scholl-Institut (GSI) der Universität München erlebt, wie recht der Kollege Schwanitz doch hat.

Bei einem 'Roundtable zur Zukunft der deutschen Universität' in der Bonner Bayern-Vertretung wandte sich Kratochwil mit seiner elegischen Diagnose an den angereisten Kultusminister Hans Zehetmair, der gutgelaunt replizierte, daß man das gesamte deutsche System doch bitteschön nicht am Münchner GSI messen möge - womit er wiederum auch recht hatte. Freilich legte der Heimkehrer, der Internationale Politik zuletzt an der Universität Pennsylvania gelehrt hat, noch mehr Elegisches auf den Runden Tisch. Die heutige Reformdiskussion, welche gerade die bayerische Regierung vorantreibt, erinnere ihn an das geflügelte amerikanische Wort: 'It is déjà vu all over again.' Da nickten so manche der anwesenden Rektoren, Professoren und Politiker ebenso elegisch mit dem Kopf, derweil dieser oder jene noch einmal aufzählte, in wievielen Reformkommissionen sie seit zwanzig Jahren nutzlos ihre Zeit investiert hätten.

Weniger globale Ambition

Kratochwils Fazit: Reform kann nur im kleinen Maßstab gelingen, mit einem Experiment hier, mit einer neuen Institution dort - eben nicht im kühnen Global-Entwurf, sondern nur innerhalb des bestehenden Systems. Konsens auch hier bei den Magnifizenzen und Volksvertretern; einen neuen Kraftakt wie in den Siebzigern, bei dem der Weg in die heutige Misere mit den besten Absichten

geplastert wurde, will niemand mehr. Das novellierte Hochschulrahmengesetz wird einen Minimalkonsens zwischen rechts und links, Bund und Ländern festzurren - wenn's gut geht, mit weniger globaler Ambition und dafür mit mehr Experimentierraum für Länder und Hochschulen.

Wie aber sollen dabei die 'globalen' Probleme bewältigt werden, wollte ein Teilnehmer wissen: Hundert Studenten in einem Seminar, 60 000 an einer Universität, die ursprünglich für 13 000 ausgelegt wurde, 6000 offiziell Eingeschriebene an einem Institut wie dem Münchner GSI, aber nur 40 Abschlüsse pro Jahr oder, wie es Wilhelm Krull, der Generalsekretär der VW-Stiftung ausdrückte, wenn, etwa in der Universität Mannheim, 'nur die Hälfte bei einer Veranstaltung am Semesteranfang antritt und am Ende bloß die Hälfte von dieser Hälfte übrigbleibt'?

Auch der bayerische Entwurf, den Kultus-Chief Zehetmair am 29. Januar vor dem Landtag anpries, geht von einer wachsenden Zahl von Studienanfängern aus. Der Zehn-Punkte-Katalog enthält lauter gute Ideen, die in ihrer Generalität niemand anfechten würde: 'Verbesserung des Hochschulmanagements', 'Erweiterung der Eigenverantwortung', 'Förderung der Leistung sowie des Wettbewerbs', 'Verbesserung von Lehre und Studium. . .' Bloß: Was nützen die guten Vorsätze angesichts eines Systems, wo neunzig Studenten (wenn auch inclusive der 'Karteileichen') auf einen Professor kommen, derweil an den besten amerikanischen Universitäten das Verhältnis neun zu eins gilt?

Da gibt es logischerweise nur zwei Lösungen: weniger Studenten oder mehr Lehrer. Bei der ersten Lösung, daran erinnerte Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers, steht das NC-Urteil des Verfassungsgerichts aus dem Jahre 1972 davor, das, grob verkürzt, besagt: Jeder, der studieren will, darf. Und bei der zweiten - also mehr staatliche Ressourcen? Da predigte CSU-MdB Gerhard Friedrich beissenden Realismus: 'Zur Zeit herrscht im Bund ein Verteilungskampf zwi-

schen den Sozial- und den Wirtschaftspolitikern; die Bildung ist eine Restgröße.' Dann wandte er sich an den Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz, Hans Uwe Erichsen: 'Sie müssen sich einmischen in den Verteilungskampf, einfach nur zu sagen 'Wir brauchen mehr Geld' geht nicht.' Den Kultusministern in der Runde, auch dem eigenen, der Studiengebühren ablehnt, sagte Friedrich: 'Soweit es den Bund betrifft, kommen wir mit 'Gebühren werden nicht erhoben' nicht zurecht.'

Keine Reformdiskussion in Deutschland ohne Verweis auf Amerika. Hier aber scheint die Bereitschaft, vom US-Modell zu lernen, inzwischen zurückzugehen, obwohl in Amerika inzwischen fast 50 Prozent (hier: 30 Prozent) eines Jahrgangs an einer von 3500 Institutionen studieren. Sowohl Rüttgers als auch Erichsen schreckten vor dem wohlfeilen Argument nicht zurück, wonach zwar Harvard-Yale-Princeton kräftig glänze, aber ansonsten das 'University of North Dakota'-Prinzip gelte - dabei vergessend, daß auch in der hintersten Provinzuniversität nie 100 Leute in ein Seminar gestopft werden. Und doch gehören inzwischen manche Elemente schon zum deutschen Konsens, wie der bayerische Entwurf zeigt. Zum Beispiel ein 'Board', ein Hochschulrat von Außenstehenden, der - wie Regensburg-Rektor Altner notierte - durch ein simples Prinzip legitimiert wird: 'Die Gesellschaft zahlt, also hat sie auch Anspruch auf Einfluß.' Oder das Konzept eines 'modularen Studiums', das einen schnellen B. A. erlaubt - und damit Abertausenden von potentiellen Studienabbrechern einen Abschluß etwa nach 6 Semestern gestatten würde.

Warum denn, wenn das US-System nicht wirklich taugt, der Kanzler seine Söhne nach Harvard und zum MIT geschickt habe? Da fiel einem Diskutanten keine bessere Antwort ein als: 'Naja, aus Sicherheitsgründen natürlich.'

JOSEF JOFFE